



Die Produktion von Armut

Ulrich Schneider* zu den aktuellen Sozialstaatskürzungen

In: *express* 7-8/2026

Für den 16. Juli hatten Betriebs- und Personalräte, Vertrauenskörperleiter:innen und Aktive aus den Organisationsbereichen von ver.di und IG Metall – unter anderem aus Automobilindustrie, Krankenhäusern, Stahlindustrie, Hochschulen und Häfen – zu einem digitalen Austausch über die gewerkschaftlichen Sozialproteste eingeladen. Ziel war die Vernetzung über Betriebe, Branchen, Gewerkschaften und Städte hinweg – über 200 Menschen sind der Einladung gefolgt und haben rege miteinander diskutiert. Wir freuen uns darüber, dass so viele Menschen miteinander in Kontakt kommen, sich austauschen und gemeinsam organisieren.

Der offene Austausch war auch der Startschuss für die vom express unterstützte Aktionsplattform »umverteilen-statt-sozialabbau.de«, auf der Demos, Kundgebungen, Aufrufe und weitere Aktivitäten gegen den Kürzungskahlschlag eingetragen werden können. Die Plattform soll die vielen dezentralen Aktivitäten dokumentieren, sichtbar machen und zur Vernetzung beitragen – in der Hoffnung, dass sich viele beteiligen.

Inzwischen gibt es auch auf den Seiten von IG Metall und IG BAU eine Übersicht zu geplanten Aktionen – dort kann man zwar keine Termine selbst eintragen, aber auch das begrüßen wir.

Beim digitalen Austausch gab es einleitende Referate verschiedener Redner:innen, die den Umfang der aktuellen Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen anhand verschiedener Bereiche verdeutlicht haben. Wir freuen uns, dass wir im Folgenden den Beitrag von Ulrich Schneider dokumentieren können.

Was wir in den letzten Wochen seitens der Bundesregierung erleben müssen, ist nichts Geringeres als der härteste Angriff auf unseren Sozialstaat seit der deutschen Wiedervereinigung 1990:

- Abschaffung der Rente mit 63 und Erhöhung des Renteneintrittsalters,
- erhöhte Zuzahlungen bei Medikamenten und Kürzungen der Zuschüsse bei Zahnbehandlungen,
- Einschnitte bei den Zuschüssen zu Pflegekosten,
- Kürzungen beim Wohngeld bis hin zur kompletten Streichung,
- Beschneidungen beim Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende,
- Einschränkungen beim Bezug von Elterngeld,
- Kürzung des Kinderzuschlags für Bezieher:innen von Niedrigeinkommen.

Das Brutale daran: Es sind Maßnahmen, die vor allem Menschen treffen, die es ohnehin schwer haben, die ohnehin kaum wissen, wie sie finanziell über den Monat kommen sollen, und die nun von dieser Bundesregierung ohne irgendwelche Umschweife auf direktem Wege in die Armut geschickt werden.

So sollen nach den Plänen der SPD-Bauministerin Verena Hubbertz von den 1,2 Millionen Mieter:innen, die derzeit auf Wohngeld angewiesen sind, etwa 400.000 ihren Wohngeldan-

spruch völlig verlieren. Alle anderen müssen mit empfindlichen Kürzungen rechnen. Dabei ist das Wohngeld für sie meist das letzte Halteseil, das sie noch vor dem Gang zum Sozialamt oder dem Jobcenter bewahrt. Sollten diese Pläne durch den Bundestag bestätigt werden, dürfte die Zahl der Aufstocker:innen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende, vor allem aber der Menschen in Altersgrundsicherung, massiv ansteigen. Es ist eine Politik, die nicht nur unsozial und kaltherzig, sondern auch in den haushälterischen Konsequenzen schlicht undurchdacht und kurzschlüssig ist.

Genauso verhält es sich bei den Pflegekosten, den Eingriffen beim Unterhaltsvorschuss oder der Kürzung des Kinderzuschlages. Der Eigenanteil an den Kosten, den die Bewohner:innen von Pflegeheimen selbst zu tragen haben, beträgt bundesweit mittlerweile 3.364 Euro pro Monat. In Thüringen sind es 3.163 Euro, 254 Euro mehr als noch vor einem Jahr. Zum Vergleich: Die durchschnittlich ausgezahlten Altersrenten liegen derzeit für Männer bei etwa 1.400 Euro und für Frauen bei knapp 1.000 Euro. Stationäre Pflege wird für die meisten unerschwinglich. Schon heute sind 35 Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen auf Sozialhilfe angewiesen. Leistungskürzungen, wie sie CDU-Gesundheitsministerin Nina Warzen will, werden diese Zahlen noch weiter in die Höhe treiben. Wir sollten uns erinnern: Die Pflegeversicherung wurde Mitte der 1990er Jahre eingeführt, um Menschen nach einem langen Arbeitsleben im Falle der Pflegebedürftigkeit nicht zu Bittstellern auf dem Sozialamt zu machen. Genau das jedoch plant diese Bundesregierung, sie macht Pflegebedürftigkeit damit zu einem massiven Armutsrisiko.

Doch nicht nur Hubbertz und Warzen, auch CDU-Familienministerin Karin Prien beteiligt sich wacker und ohne Skrupel an der großkoalitionären Armutsproduktion. Indem der Unterhaltsvorschuss nur noch bis zum 16. Geburtstag – und nicht mehr wie bisher bis zur Volljährigkeit – gewährt werden soll und mit der Streichung des sogenannten Kindersofortzuschlages trifft Prien zielgenau Menschen mit besonders hohem Armutsrisiko. Den Unterhaltsvorschuss können alleinerziehende Elternteile beantragen, wenn das andere Elternteil den Unterhalt säumig bleibt. Der Staat springt ein und holt sich das Geld theoretisch vom Unterhaltspflichtigen zurück. Das ist nicht nur mühselig, ganz praktisch ist von den Säumigen – überwiegend sind es die Väter – auch kaum etwas zu holen. Deshalb ist dieser Vorschuss für die Alleinerziehenden so existenziell wichtig. Es geht fast ausschließlich um Frauen mit ihren Kindern, von denen bereits jetzt über 40 Prozent zu den Armen zählen.

Der Kindersofortzuschlag von 25 Euro, den Prien streichen will, wurde erst 2022 eingeführt und allen Kindern gezahlt, deren Eltern Grundsicherung, den Kinderzuschlag oder Wohngeld bezogen. An Millionen Kinder also, die wirklich ganz unten auf der Wohlstandleiter stehen und jeden Cent dringend brauchen. Geplant war die Leistung unter der Ampel-Koalition als eine Art Übergangsprovisorium bis zur Einführung einer auskömmlichen, echten Kindergrundsicherung. Letztere kam jedoch bekanntlich nie, sondern scheiterte an Finanzminister Lindner und Kanzler Scholz. Priens zynische Logik: Da es keine armutsfeste Kindergrundsicherung geben wird, braucht es auch keine armutslindernde Übergangslösung.

Mit den Streichungen in der Pflege, beim Wohngeld, beim Unterhaltsvorschuss und beim Kinderzuschlag werden im Ergebnis Millionen Menschen neu in die Armut entlassen, bestehende Armut wird vertieft – nicht erst in naher Zukunft, wie das bei den Renten der Fall sein wird, sondern bereits binnen der nächsten ein bis zwei Jahre. Die Spaltung dieser Gesellschaft wird ganz bewusst vorangetrieben in einem Verteilungskampf, in dem es offensichtlich vor allem darum geht, Überreiche steuerpolitisch zu schonen und ihre Gewinnmargen zu sichern.

Selten war Brecht so aktuell wie derzeit: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Da sagt der Arme bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.«

** Ulrich Schneider, bis 2024 langjähriger Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ist heute als Senior Expert für GKS-Consult, Gesellschaft für Kommunikation und Soziales, tätig.*

express im *Netz und Bezug* unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12